

Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 22 75
kanzlei@sk.so.ch

Medienmitteilung

Regierung bestätigt Stossrichtung der Sek-I-Reform

Solothurn, 6. Juli 2005 - Der Regierungsrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Reform der Sekundarstufe I zur Kenntnis genommen und das Departement für Bildung und Kultur (DBK) beauftragt bis Ende Dezember 2005 den überarbeiteten Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Die eingegangenen Äusserungen sind stark polarisiert. Insgesamt zeichnet sich aber ein positives Bild ab, der Reformbedarf wurde klar bejaht. Unbestritten ist auch die dringende Harmonisierung des solothurnischen Schulsystems mit der deutschweizerischen Realität.

Mehrheitlich wird ein einheitlicher, schweizweit harmonisierter Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe begrüsst. Eine Minderheit begrüsst den heute geltenden gestuften Übertritt in die Gymnasiums Vorbereitung mit der Begründung, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler gezielter gefördert werden können.

Gliederung der Sekundarstufe

Grundsätzlich wird eine Typenreduktion begrüsst. Im Zentrum steht die Harmonisierung der Schweizerischen Schulsysteme wie sie der Kantonsrat mit der Standesinitiative „Harmonisierung der Bildungssysteme“ einstimmig beschlossen hat. Uneinigkeit herrscht bezüglich Führung des progymnasialen Unterricht.

Harmonisierung der Gymnasiumsvorbereitung

Die Gymnasiumsvorbereitung den Sekundarschulen und dem Amt für Volksschule und Kindergarten alleine zu übertragen, wird abgelehnt. Gefordert wird der Einbezug der Kantonsschulen bei der Planung und Durchführung dieses Unterrichts sowie die Mitverantwortung durch das Amt für Mittel- und Hochschulen.

Vorbereitung auf die Berufsbildung

Die geplante Vorbereitung auf die Berufsbildung wird begrüsst. Trotz Neugestaltung des 9. Schuljahres mit gezielter Vorbereitung auf die Berufswelt dürften die Leistungsaspekte der Kernfächer nicht reduziert werden.

Bildung von Sekundarschulzentren

Zur vorgeschlagenen Bildung von Sekundarschulzentren sind die Meinungen geteilt. Ablehnende Meinungen erklären sich zum Teil aus den individuellen Situationen der Gemeinden und den befürchteten Mehrausgaben. Der enge Zeitplan für die Umsetzung – insbesondere der Zentrenbildung – wird als unrealistisch eingestuft.

Sonderlösung Schwarzbubenland

Einer „Sonderlösung Schwarzbubenland“ zur Optimierung der Anschlüsse an die Sekundarschulstufen-II-Angebote des Kantons Basel-Landschaft wird knapp zugestimmt. Kritisiert wird, dass mit einer Sonderlösung der Forderung nach der Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme entgegen gewirkt werde.

Blick über die Kantonsgrenzen

Der Regierungsrat will, im Zuge der Harmonisierungsprozesse der schweizerischen Schulsysteme, den Reformprozess auf der Sekundarstufe I strukturell und inhaltlich fortsetzen. Die Absichtserklärung der Kantone Solothurn, Aargau und beider Basel,

eine Zusammenarbeit zur Harmonisierung der Schulsysteme zu gründen, wird zweifellos die Arbeit an der Sek I-Reform mit beeinflussen. Einheitliche Selektionszeitpunkte, Reduktion der Schultypen auf der Sekundarstufe I, Harmonisierung des vorbereitenden Unterrichts für das Gymnasium, klare Leistungsorientierung und Verbesserung der Berufswahl- und Berufsweltvorbereitung sind dabei unumgänglich. Die dazu gehörenden nationalen Projekte sollen ab 2007 in den Kantonen umgesetzt werden. Für den Kanton Solothurn ist es von eminenter Bedeutung, diese Umbauschritte zusammen mit der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) zu vollziehen. Ein Verzicht auf die Reformen käme einem Selbstausschluss aus diesem Prozess gleich.

Erst das Gerüst, dann der Inhalt

Der Regierungsrat hält nach wie vor an der Stossrichtung und den Reformelementen fest, wonach zuerst – wie durch die politischen Vorstösse verlangt – die gesetzlichen Grundlagen auf Ebene des Volksschulgesetzes und erst in deren Folge die Ausführungsbestimmungen wie bspw. die Stundentafeln zu konkretisieren seien. Dem Departement für Bildung und Kultur wurde der Auftrag erteilt, bis Ende Dezember 2005 den überarbeiteten Gesetzesentwurf auszuarbeiten.

Weitere Auskünfte erteilen:

Ruth Gisi, Regierungsrätin, Bildungsdirektorin, 032 627 29 04

Teddy Buser, Chef Amt für Volksschule und Kindergarten, AVK, 032 627 29 30

Andreas Walter, Stv. Chef AVK, 032 627 29 34